

OA-Update / 8, 3. Juni 2021

Osteuropa



Die politische Krise in Belarus und deren Folgen dominierten die Schlagzeilen in den vergangenen Tagen. Nach der erzwungenen Landung einer Ryanair-Maschine in Minsk und der Verhaftung eines an Bord befindlichen Journalisten haben die Europäische Union und die USA eine deutliche Ausweitung von Sanktionen auch auf den wirtschaftlichen Bereich angekündigt.

In der Ukraine wurden die Minister für Wirtschaft, für Gesundheit und für Infrastruktur im Mai durch Nachfolger ersetzt. Diskutiert wird in der Ukraine auch über notwendige Maßnahmen, um die Auszahlung der nächsten Tranche des IWF-Kredits sicherzustellen. In Armenien laufen die Vorbereitungen auf die vorgezogenen Neuwahlen. Der bisherige Premier und seine Partei treten wieder an. Georgien öffnet angesichts sinkender Infektionszahlen seine Grenzen nach einem Jahr Pause wieder für Einreisen auch auf dem Landweg und in Aserbaidschan kommt die Gesetzgebung für den Ausbau erneuerbarer Energien voran.

Hier alle Themen in der Übersicht:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Projekte**
- **Veranstaltungsnachlese**
- **Termine**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

Ukraine

Der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine arbeitet gemeinsam mit dem Präsidentialamt und dem Parlament an **einem gesonderten Gesetz, mit dem der Status von Oligarchen in der Ukraine definiert werden soll. Ziel des Gesetzes** ist es, **Einfluss und Macht von Oligarchen** und damit Monopole und Korruption im Land **zu verringern**. Verschiedene formale Parameter sollen dafür verwendet werden, unter anderem Marktmonopole, eigene Medien oder loyale Parlamentsabgeordnete. Wenn jemand einer Mindestanzahl dieser Kriterien entspricht, soll über einen noch zu definierenden Mechanismus der Einfluss dieser Person verringert werden. **Kommentatoren und westliche Partner votieren eher für die Stärkung der bereits existierenden Anti-Korruptions- und Anti-Monopolmechanismen.**

Am 12. Mai hat das Ministerkabinett der Ukraine die **Gründung des Büros für wirtschaftliche Sicherheit beschlossen**. Die Struktur soll sich künftig auf die Untersuchung von Wirtschaftsstrafsachen konzentrieren und **wird Aufgaben übernehmen, die derzeit in den Zuständigkeitsbereich des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU), des Staatlichen Finanzdienstes und des Staatlichen Ermittlungsbüros fallen**. Dazu gehört auch die Arbeit der Steuerpolizei. Das Büro wird dem Ministerkabinett Bericht erstatten. Mit der Konsolidierung der Kompetenzen soll die Arbeit in diesem Feld verbessert und effizienter werden.

Juri Witrenko hat einen Einjahresvertrag als Naftogaz-CEO unterschrieben. Westliche Partner hatten die Entlassung des Vorgängers als **politischen Eingriff in die Corporate Governance** von Naftogaz als Staatsunternehmen scharf kritisiert. Der Leiter des ukrainischen Präsidentialamtes, Andri Jermak, teilte vor diesem Hintergrund mit, dass ein neuer Naftogaz-CEO in einem offenen Wettbewerb gewählt werden würde. Dieser Prozess solle Ende dieses Jahres beginnen. Gleichzeitig sagte Jermak zu, einen **neuen Gesetzentwurf zur Verbesserung der Corporate Governance von staatlich kontrollierten Unternehmen zu erarbeiten** und lud die westlichen Partner zur Zusammenarbeit ein. Der Aufsichtsrat von Naftogaz wurde am 28. April vom Kabinett vorübergehend entlassen, damit das Kabinett den CEO des Unternehmens ersetzen konnte. Naftogaz ist vor diesem Hintergrund für die kommenden zwölf Monate mit einer **unklaren Personalsituation** konfrontiert, zumal nicht klar ist, ob einige Aufsichtsratsmitglieder das Unternehmen nicht doch noch kurz- oder mittelfristig verlassen werden. Dies hat auch **Auswirkungen auf die längerfristige Strategie des Unternehmens und Refinanzierungsfragen mit Blick auf das Jahr 2022**.

Mit Blick auf die **Umsetzung des ACAA-Abkommens (Agreement on Conformity Assessment and Acceptance of Industrial Goods)** zwischen der Europäischen Union und der Ukraine sind bereits 67 EU-Vorschriften, u.a. zur CE-Kennzeichnung, in ukrainische Vorschriften und Gesetze umgesetzt. Von den verbleibenden 13 Vorschriften sind für sechs bereits Entwürfe für Verordnungen und Gesetze in Arbeit. **Sobald für alle 80 notwendigen Vorschriften eine positive Bewertung vorliegt, können die Ukraine und die EU das Abkommen aushandeln**. Ein solches gesondertes Abkommen zur Erleichterung des Handels

im Industriebereich hat die EU bisher nur mit Israel abgeschlossen. **Das Abkommen erlaubt eine einfachere und tiefere Integration der Ukraine in europäische Wertschöpfungsketten.**

Am 19. Mai hat das Parlament der Ukraine insgesamt drei Minister entlassen. Gesundheitsminister Maksim Stepanow, Wirtschafts-, Handels- und Landwirtschaftsminister Ihor Petraschko und Infrastrukturminister Wladislaw Krikli mussten ihre Posten räumen. Ersetzt wurden sie durch Viktor Lyaschko (Gesundheit), Oleksi Lyubchenko (Wirtschaft) und Oleksandr Kubrakow (Infrastruktur). Wirtschaftsminister Lyubchenko war zuvor Leiter der Staatlichen Zollbehörde der Ukraine und ist gleichzeitig auch Erster Vize-Premier der Ukraine. Der neue Infrastrukturminister Kubrakow war zur Leiter der staatlichen Agentur Ukravtodor, die für die Verwaltung und Entwicklung der ukrainischen Straßen verantwortlich zeichnet.

Das ukrainische Finanzministerium kann weiterhin staatliche **Anleihen an den Bondmärkten in Griwna, Euro und Dollar platzieren.** Allerdings entwickelt sich die Nachfrage nach UAH-denominierten Anleihen trotz relativ hoher Zinssätze aktuell eher moderat. **Die starke Dynamik des Frühjahrs scheint nachzulassen.**

Das ukrainische Parlament stimmte am 20. Mai für einen ersten Entwurf **zur Änderung der Bankengesetzgebung.** Der Internationale Währungsfonds hatte die Novellierung im Rahmen des laufenden Stand-By-Agreements gefordert. Der Gesetzentwurf sieht **Kapitalpuffer für Banken vor und würde die Anforderungen an die Banklizenzierung, die Bankleitung, die Eigentümer und die Aufsichtsratsmitglieder verschärfen.** Die Verabschiedung des Gesetzes würde die Aussichten auf die Zahlung einer weiteren IWF-Tranche verbessern. Im April hatte die Rada zudem in erster Lesung ein Gesetz verabschiedet, das die Kontrolle von elektronischen Einkommenserklärungen von Beamten verbessert. **Allerdings werden wohl weitere Schritte für die Auszahlung der IWF-Unterstützung notwendig sein,** unter anderem die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit der Antikorruptionsinfrastruktur und die Fortsetzung der Justizreform, einschließlich der Ernennung eines Antikorruptions-Staatsanwalts und Änderungen im Auswahlverfahren der Mitglieder des Hohen Justizrats.

Die **Ukraine hat ihren Flugverkehr mit Belarus am 26. Mai 2021 eingestellt.** Ab dem 29. Mai 2021 dürfen auch belarussische Flugzeuge den ukrainischen Luftraum nicht mehr nutzen. Dies beschloss das Ministerkabinett. **Die Beschränkungen haben kein Enddatum.** Die Schließung ist Teil der internationalen Reaktion auf die von der belarussischen Regierung erzwungene Zwischenlandung eines Ryanair-Fluges von Athen nach Vilnius am 23. Mai.

Belarus

Die **Europäische Union plant neue Sanktionen gegen Belarus.** Hintergrund ist die erwähnte erzwungene Umleitung einer Ryanair-Maschine nach Minsk, die sich am 23. Mai 2021 auf dem Flug von Athen nach Vilnius befand. Bei der Landung wurde der regierungskritische Journalist Roman Protassewitsch und seine Freundin festgenommen. Vor dem Hintergrund der Wahlfälschungen vom August 2020 und der folgenden Gewalt ge-

gen Demonstranten wurden bis Ende 2020 in drei EU-Sanktionsrunden bereits 88 Personen, darunter Präsident Alexander Lukaschenko, sowie sieben Organisationen mit Sanktionen belegt. **Diese Maßnahmen sollen nun deutlich ausgeweitet werden.** Reisen gelisteter Personen in die Europäische Union sind untersagt sowie Guthaben in der Europäischen Union eingefroren.

Bereits einen Tag nach der **erzwungenen Landung der Ryanair-Maschine** beschloss der [Europäische Rat bei seiner Sitzung am 24. Mai 2021](#), dass „**targeted economic sanctions**“ gegen Belarus verhängt werden sollen. Unter anderem wird **belarussischen Airlines der Zugang zum Luftraum der Europäischen Union verwehrt**. Zudem wurde EU-Fluggesellschaften empfohlen, den belarussischen Luftraum zu meiden. **Weiterhin soll die Sanktionsliste um Personen ergänzt werden**, die an der erzwungenen Landung beteiligt gewesen sind.

Aktuell wird in Brüssel und den europäischen Hauptstädten an einer **rechtlichen Grundlage für die geplanten Maßnahmen** gegen Belarus sowie an einer Strategie mit Blick auf die „targeted economic sanctions“ gearbeitet. Nach ersten Verlautbarungen sollen die **exportstarken Wirtschaftszweige** bzw. staatlichen Unternehmen von den Wirtschaftssanktionen betroffen sein. Sehr wahrscheinlich sind zudem **Sanktionen im Finanzbereich**.

Der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Oliver Hermes hat sich am 25. Mai zur Entwicklung in Belarus geäußert und nochmals einen **Runden Tisch** zwischen Regierung und Opposition gefordert: *„Die Kaperung eines zivilen Flugzeugs über Belarus und die Verhaftung von Passagieren ist nicht nur politisch scharf zu verurteilen, sondern auch eine weitere Belastung für Belarus als potenziellem Investitionsstandort und damit für die belarussische Wirtschaft insgesamt. [...] Für Belarus ist es jetzt dringend geboten, eine schnelle politische Lösung des anhaltenden innenpolitischen Konflikts um die Präsidentschaftswahl im August 2020 einzuleiten, um einem irreparablen Vertrauensverlust in der eigenen Bevölkerung, bei lokalen Unternehmen und internationalen Investoren entgegenzuwirken. Wir fordern daher erneut nachdrücklich die Einrichtung eines Runden Tisches als wichtigen Schritt zur Beilegung des monatelangen Konflikts.“*

Zum vollständigen Statement: [Achtung internationaler Rechtsnormen von größter Bedeutung | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Bis Ende April 2021 deuteten einige **Wirtschaftsindikatoren und Umfragen unter Unternehmen in Belarus eine Erholung des Wirtschaftslebens** an. So wuchs die Industrie dynamisch. Unternehmensumfragen des privaten Wirtschafts-Think Tanks ITM und der Nationalbank des Landes bestätigten erstmals seit vielen Monaten **Wachstumserwartungen der Unternehmen**. Der **Inflationsanstieg konnte gebremst** werden. Die aktuellen Spannungen mit der EU und die angekündigten Wirtschaftssanktionen schlagen sich bisher vor allem in den **steigenden Renditen der staatlichen Eurobonds** nieder, wie das German Economic Team berichtet. Weitere real- und finanzwirtschaftliche Auswirkungen der kommenden Sanktionen sind zu erwarten.

Südkaucasus

Georgien hat seit dem **1. Juni 2021 seine Landgrenzen** nach einer mehr als einjährigen Schließung **wieder geöffnet**. Personen mit einem **Impfnachweis und negativem PCR-Test oder einem negativen PCR-Testergebnis** aus den vergangenen 72 Stunden dürfen einreisen. Ein Folgetest drei Tage nach der Einreise muss ebenfalls durchgeführt werden. Die gleiche Regel gilt beim Überschreiten der Seegrenze des Landes. Bei Einreisen mit dem Flugzeug müssen Reisende ebenfalls entsprechende Nachweise **vorlegen**.

Mit Blick auf die Tourismusbranche **kündigen immer mehr Airlines die (Wieder)aufnahme von Flügen in das Land an**. Aus Moldau fliegt ab dem 4. Juni 2021 die FlyOne nach Batumi. Ab dem 3. Juni 2021 nimmt die griechische Aegean Airlines die Route Athen – Tiflis wieder auf.

Die **Rücküberweisungen nach Georgien nehmen weiter zu**. Im April 2021 wurden Geldmittel im Gegenwert von 194,1 Millionen US-Dollar aus dem Ausland nach Georgien überwiesen. Im Vergleich zum Vorjahresmonat sind dies 145,4 Prozent mehr, wie die Nationalbank von Georgien mitteilt. **Überweisungen aus Russland (33,35 Millionen US-Dollar), Italien (31,73 Millionen US-Dollar) und aus den Vereinigten Staaten (24,88 Millionen US-Dollar) waren im April 2021 die drei größten Quellen von Überweisungen.**

Der **Energieversorger der georgischen Hauptstadt Tiflis** sieht sich gezwungen die **Gastarife zu erhöhen**. Die **Preissteigerung um knapp 20 Prozent** wird mit Verlusten in Höhe von rund 20 Millionen US-Dollar begründet, die im Zuge der Abwertung der Landeswährung Lari in den vergangenen Monaten entstanden seien. Der neue Tarif soll bis zum 1. Januar 2023 gelten.

Die **Demonstrationen gegen den Bau des Wasserkraftwerks Namakhvani (HPP)** im Westen Georgiens setzen sich fort. Kritisiert wird vor allem, dass das **Projekt ohne ausreichende Prüfungen** und ohne eine gründliche Abwägung von Risiken und Auswirkungen auf die Umwelt sowie in Bezug auf seismische Aktivitäten realisiert wird. Zudem wird kritisiert, dass der Vertrag mit dem türkischen Bauträger zum Nachteil des Staates sei. Die Proteste dauern bereits mehrere Monate an.

Das **armenische Bruttoinlandsprodukt** ist im ersten Quartal 2021 im Vergleich zum gleichen Zeitraum 2020 **um 3,3 Prozent gesunken**. Die **BIP-Wachstumsprognose** der armenischen Regierung für 2021 liegt derzeit noch bei 3,2 Prozent. Nach Schätzungen der Weltbank soll Armeniens Wirtschaft 2021 um 3,1 Prozent und 2022 um 4,5 Prozent wachsen. Dagegen hat die armenische Zentralbank ihre Prognose für das Wirtschaftswachstum für 2021 von zwei Prozent auf 1,4 Prozent nach unten korrigiert. Die Wachstumsprognose des IWF für 2021 liegt bei einem Prozent. Zentralbankgouverneur Martin Galstyan unterstrich in einer Stellungnahme, dass die Analysen der Bank auf eine robustere und schnellere Erholung der Wirtschaft hindeuten, als bisher erwartet.

Die amtierende Regierung von Armenien fordert die **Bildung eines einheitlichen Gasmarktes in der Eurasischen Wirtschaftsunion**. Dieser müsse, so der amtierende Regierungschef

Nikol Paschinjan, in Form eines internationalen Abkommens formalisiert werden. Das Land **erhofft sich davon transparente und nicht-diskriminierende Gaspreise und Transporttarife**. Hintergrund der Forderung ist, dass neben Belarus auch Armenien Gaslieferungen aus Russland erhält und gleichzeitig die Verbraucherpreise deutlich über denen in Russland liegen.

Das armenische Parlament hat am 26. Mai 2021 einer Reihe von Änderungen des Steuergesetzes zugestimmt, die es Unternehmen ermöglichen, die **Mehrwertsteuer monatlich statt wie bisher einmal pro Quartal zurückzuerhalten**. Die Änderungen wurden von 75 Abgeordneten befürwortet, vier Abgeordnete stimmten dagegen. Gemäß der nun geltenden Gesetzeslage können Unternehmen eine Mehrwertsteuerrückerstattung bereits am Tag nach der Einreichung des entsprechenden Berichts über die Mehrwertsteuerzahlung an die zuständige Behörde auf der Grundlage der Ergebnisse des Vormonats beantragen. Die Änderungen treten am 1. Juli 2021 in Kraft.

Mit dem Ende der Frist zum 26. Mai 2021 haben nach Angaben der Zentralen Wahlkommission von Armenien **23 Parteien und vier Blöcke offizielle Anträge und ihre Parteilisten eingereicht**, um bei den **vorgezogenen Neuwahlen am 20. Juni 2021** anzutreten. Armeniens Premierminister **Nikol Paschinjan** trat Ende April zurück, um den Weg für vorgezogene Parlamentswahlen zu ebnen. Seine Partei „Civil Contract“ **wird bei den Wahlen ebenfalls antreten** und hat Paschinjan als Kandidaten für das Amt des Premierministers nominiert.

Aserbaidschan hat den Import von Geflügel aus dem Bundesland Bremen mit Wirkung vom 1. Juni 2021 untersagt. Grund ist der Nachweis der Vogelgrippe in der Stadt. Nach Angaben der Agentur für Lebensmittelsicherheit von Aserbaidschan gilt das Verbot vorübergehend und betrifft die Einfuhr aller Arten von lebenden Vögeln, Geflügel und Eiern.

Staatlich finanzierte Bauprojekte werden künftig nach dem Beschluss des Ministerkabinetts unter neuen Kriterien bewertet. Es werden neue und begrenzte Kostensätze ab dem 1. Oktober 2021 angewendet, die im Bauwesen unter anderem für die technische Aufsicht, die Kosten-/Nutzenrechnung oder den Aufbau von Reservemitteln für unvorhergesehene Arbeiten beinhalten.

Die Regierung von Aserbaidschan ergreift **weitere Schritte, um die Erzeugung erneuerbarer Energien zu regeln und zu fördern**. Zu diesem Zweck soll ein System für Einspeisevergütungen für Strom aus diesen Quellen eingeführt werden. Im **Gesetzentwurf „Über die Nutzung von erneuerbaren Energiequellen bei der Stromerzeugung“** wurde dieses Thema im Mai in erster Lesung im Parlament behandelt. Strom, der aus erneuerbaren Energiequellen erzeugt wird, soll demnach zu festgelegten Großhandelspreisen verkauft werden, die von der zuständigen Exekutivbehörde festgelegt werden. Weiterhin möchte das Land durch eigene Vorgaben weiter aktiv werden und **staatliche Ziele** definieren, entsprechende Aktionspläne entwerfen und grundsätzlich die **Rahmenbedingungen für die Erzeugung erneuerbarer Energie positiv gestalten**.

Ukraine: Das ukrainische Wirtschaftsministerium senkte die Wachstumsprognose des Bruttoinlandsproduktes für das Jahr 2021 auf 4,1 Prozent im Jahresvergleich (vorher: 4,6 Prozent) und für das Jahr 2022 auf 3,8 Prozent (vorher: 4,3 Prozent).

Die Industrieproduktion der Ukraine ist im April 2021 im Vergleich zum Vorjahr um 13 Prozent gestiegen. Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes stieg im April um 18 Prozent. Vor allem die Branchen Metallverarbeitung (29 Prozent) und Maschinenbau (41 Prozent) trugen den Aufschwung. Die Textilproduktion legte um 58,2 Prozent, die Holzverarbeitung um 32,7 Prozent, die Chemieproduktion um 8,6 Prozent und die Bergbauproduktion um 6,9 Prozent zu. Die Nahrungsmittelproduktion ging um 3,4 Prozent zurück und die Pharmaproduktion um zehn Prozent. Die hohen Steigerungsraten der Industrieproduktion gehen vor allem auf die pandemiebedingt schwachen Werte des Vorjahresmonats zurück.

Armenien: Der Index der wirtschaftlichen Aktivität in Armenien stieg in den ersten vier Monaten des Jahres 2021 um 2,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, wie das Nationale Statistische Komitees (NSC) des Landes mitteilte. Nach den offiziellen Daten erhöhte sich die Industrieproduktion in den ersten vier Monaten des Jahres 2021 leicht um 0,9 Prozent gegenüber Januar-April 2020. Die Produktion legte im April 2021 im Vergleich zum April 2020 um 16,9 Prozent zu (März 2020/2021: plus 2,1 Prozent).

Georgien: Nach Angaben des georgischen Finanzministers Lasha Khutsishvili wird die georgische Wirtschaft im Jahr 2021 um 6,5 Prozent wachsen (2022: voraussichtlich 6,9 Prozent). Der Optimismus beruht vor allem auf der rasanten wirtschaftlichen Erholung im Frühjahr 2021 und einer schnellen Wiederbelebung des Tourismussektors im Land, der sich aktuell nur auf einem Niveau von 40 bis 45 Prozent im Vergleich zum Jahr 2019 bewegt. Das Nationale Statistikamt Georgiens teilte mit, dass zwischen Januar und April 2021 das georgische BIP um 8,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr wuchs.

Der Außenhandelsumsatz Georgiens belief sich im Zeitraum Januar bis April 2021 auf 3,92 Milliarden US Dollar, was einer Steigerung von 12,8 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres entspricht, wie das Nationale Statistikamt Georgiens berichtet. Der Wert der Exporte stieg um 19,6 Prozent (1,19 Milliarden US-Dollar), während die Importe um 10,1 Prozent auf 2,73 Milliarden US-Dollar kletterten.

Das Handelsdefizit Georgiens im Zeitraum Januar-April 2021 betrug 1,53 Millionen US-Dollar, was 39 Prozent des gesamten Handelsumsatzes entspricht.

Aserbaidschan: Das Land steigerte das Volumen seiner Nicht-Öl-Exporte im Zeitraum Januar bis April 2021 um 146 Millionen US-Dollar oder 26,5 Prozent, berichtete das Zentrum für Analyse und Kommunikation der Wirtschaftsreformen Aserbaidschans in seinem Exportbericht vom Mai. In den ersten vier Monaten des Jahres belief sich das Volumen der aserbaid-schanischen Exporte auf 6,4 Milliarden US-Dollar, davon 697 Millionen US-Dollar im Nicht-Öl-Sektor. In der Liste der Nicht-Öl-Exporte rangierte Baumwollgarn mit 96,4 Millionen US-

Dollar an erster Stelle, gefolgt von Gold mit 64,6 Millionen US-Dollar und Tomaten mit 42,3 Million US-Dollar. Hauptexportländer waren die Türkei, Russland, die Schweiz und Georgien.

Projekte

Germany Trade and Invest (GTAI) veröffentlicht regelmäßig aktualisierte internationale **Ausschreibungen** für Beschaffung und Projekte auf seiner [Website](#).

Veranstaltungsnachlese

Am **20. Mai** tagte der lokale **Wirtschaftsbeirat im Rahmen der Deutsch-Ukrainischen Energiepartnerschaft** online. Der Beirat soll zu einer Plattform für den kontinuierlichen Austausch zwischen den in der Ukraine aktiven deutschen Unternehmen in den Bereichen Energie und Energieeffizienz mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und anderen Ressorts werden. Vertreten sind Unternehmen, die mit zahlreichen Projekten im Rahmen der deutsch-ukrainischen Energiezusammenarbeit in der Ukraine präsent sind. Der Ost-Ausschuss ist aktives Mitglied des Gremiums. Weitere Informationen finden Sie unter diesem [Link](#).

Im Rahmen der Reihe **Pushing Eastern Europe Forward** standen am **1. Juni 2021** die Auswirkungen des Green Deal der Europäischen Union auf die Handelsbeziehungen mit den östlichen nicht-EU Ländern im Fokus. Im Dialog mit Vertretern der Europäischen Kommission diskutierten Industrie- und Bankenvertreter sich ergebende Chancen, aber auch Herausforderungen durch die neuen Regeln. Die Einführung von CO₂-Grenzwerten und eine mögliche stärkere Besteuerung von Unternehmen und Produkten aus den Ländern dürften nicht dazu führen, dass diese ökonomisch abgehängt oder deren Weg zur Integration in europäische Strukturen dadurch übermäßig behindert wird.

Am **2. Juni 2021** beschäftigte sich das aktuelle **Sanktionsbriefing des Ost-Ausschusses** neben Fragen zu Russland auch mit der **aktuellen Situation in Belarus**. Alexander Schönfeld, Beauftragter für Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaftsförderung im Auswärtigen Amt, und Stefan Kägebein, Regionaldirektor Osteuropa im Ost-Ausschuss, informierten über den aktuellen Status und gaben ihre Einschätzung zu möglichen Optionen. **Klar ist, dass die Europäische Union schnelle und konsequente Sanktionen gegen Belarus umsetzen möchte**. Weitere Informationen finden Sie unter folgendem [Link](#). In diesem Zusammenhang hat der Ost-Ausschuss in den vergangenen Tagen intensiv im Rahmen von Interviews und Hintergrundgesprächen über die Lage in Belarus informiert und die Sicht der deutschen Wirtschaft vermittelt.

Termine

Die Regionaldirektion arbeitet weiter an Onlineformaten, um Ihnen auch in Corona-Zeiten fortlaufend die Möglichkeit zur Information und Vernetzung zu bieten. Präsenzveranstaltungen planen wir, wenn es die Pandemielage wieder zulässt.

- **8. Juni: Ost-Ausschuss-Arbeitsessen** mit dem ukrainischen Außenminister Dmytro Kuleba in Berlin – nur auf persönliche Einladung.
- **10. Juni: German Ukrainian Digital Partnership, #3 e-health**
Anmeldungen über www.gu-dp.cpom
- **#4 Education & HR – Ende Juni**



Diese Veranstaltungsreihe zur **ukrainischen Digitalwirtschaft** findet in Kooperation mit den IT-Clustern Kiew, Charkiw und Dnipro, der Lwiw Startup School, der Ukrainian Venture Capital Association und der AHK Ukraine sowie NRW.Global Business statt.

- **17. Juni 2021:** Investors Call zur Automotive-Industry in der Ukraine in Zusammenarbeit mit UkraineInvest – Informationen auf Anfrage beim Ost-Ausschuss
- **Save the Date – Ende Juni:** Business Roundtable mit dem ukrainischen Wirtschaftsminister - nur für Mitglieder des Ost-Ausschusses

Tipps & Links

Am 9. Juni 2021 erscheint das **neue Mittel- und Osteuropa Jahrbuch des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft**. Mit diesem bewährten Nachschlagewerk bieten wir Mitgliedern und Partnern einen Überblick über die Arbeit des Ost-Ausschusses und die wirtschaftliche Entwicklung in ganz Mittel- und Osteuropa. Im Jahrbuch finden Sie Berichte und Fact Sheets mit Zahlen, Daten und Fakten zu allen 29 Partnerländern des Ost-Ausschusses sowie Informationen zu unseren Projekten und Arbeitskreisen. Eine Übersicht aller Mitglieder in den Ost-Ausschuss-Gremien sowie ein Kontaktverzeichnis aller Mitgliedsunternehmen runden das Jahrbuch ab. Das Jahrbuch wird den Mitgliedern und Partnern des Ost-Ausschusses kostenlos zugestellt und auf den Ost-Ausschuss-Veranstaltungen ausgelegt. Wir würden uns freuen, wenn Ihr Unternehmen die aktuelle Ausgabe durch eine Anzeige unterstützen könnte. Für Anfragen zur Insertion steht Ihnen bis zum morgigen Freitag , 4.6., das Anzeigenteam des OWC Verlags für Außenwirtschaft gerne zur Verfügung: [Marcus Rohrbacher](mailto:Marcus.Rohrbacher@owc.de): Telefon +49 30 615089-18 oder rm@owc.de. Die Mediadaten finden Sie [hier](#).

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat eine „**Kontaktstelle zur Sicherstellung in den Lieferketten**“ eingerichtet. Ziel ist es, dass die Herstellung und Lieferung benötigter Zuliefererprodukte reibungslos funktioniert. Unternehmen können sich bei Problemen im Zusammenhang mit internationalen Lieferketten an die E-Mail-Adresse kontaktstelle-lieferketten@bmwi.bund.de wenden.

Ein **aktuelles Ranking zur Entwicklung der Corona-Lage** in allen Ost-Ausschuss-Ländern mit den Veränderungen der Infektionslage zur Vorwoche und dem prozentualen Anteil der Infizierten an der Bevölkerung finden Sie [hier](#) auf der Internetseite des Ost-Ausschusses (siehe Tabelle als pdf-Download am Ende der Übersicht).

Die aktuelle Ausgabe der **Ukraine-Analysen** beschäftigt sich mit den Beziehungen zwischen der Ukraine und der Türkei und beleuchtet die Hintergründe der dynamischen Entwicklung in diesem Bereich: [Ukraine-Analysen Nr. 251 | Länder-Analysen \(laender-analysen.de\)](#)

Unter folgenden Links finden Sie **aktuelle Informationen bezüglich der Corona-Lage in den einzelnen Ländern der Region**:

Armenien: <https://www.gov.am/en/commandant-decisions/>

Aserbaidshjan: <https://nk.gov.az/en/category/10/>

Belarus: <http://stopcovid.belta.by/> / <http://covideconomy.by/policy> (jeweils Russisch)

Georgien: <https://stopcov.ge/en>

Ukraine: <https://covid19.gov.ua/en/>

Weiterhin können Sie sich zu den **aktuellen Entwicklungen bezüglich des Corona-Virus**, inklusive der geltenden Ein- und Ausreisebestimmungen, auf den Webseiten der deutschen Auslandsvertretungen informieren:

- Deutsche Botschaft in Armenien: <https://eriwan.diplo.de/am-de>
- Deutsche Botschaft in Aserbaidshjan <https://baku.diplo.de/>
- Deutsche Botschaft in Belarus <https://minsk.diplo.de/by-de>
- Deutsche Botschaft in Georgien <https://tiflis.diplo.de/ge-de>
- Deutsche Botschaft in der Ukraine <https://kiew.diplo.de/ua-de>

Weitere **Informationen** zur Arbeit des OA und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), auf [Facebook](#), [Linkedin](#), [Xing](#) und bei [Twitter](#).

Kontakt

Bei Fragen und Anregungen zu diesem Update und zur Region Osteuropa (Armenien, Aserbaidtschan, Belarus, Georgien, Ukraine) wenden Sie sich gerne an:



Stefan Kägebein

Regionaldirektor Osteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-113

Mobil: +49 170 796 10 81

E-Mail: s.kaegebein@oa-ev.de



Sarah Guhde

Sekretariat Regionaldirektion Osteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-125

E-Mail: S.Guhde@oa-ev.de

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln!

Presse-Kontakt: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
Andreas Metz
Tel.: +49 (0)30 206167-120
E-Mail: A.Metz@oa-ev.de
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)